

12 Frontex-Reform

Wir fordern die Auflösung der paramilitärischen Grenzschutzagentur Frontex und deren Umwandlung in eine Europäische Grenzpolizei um die weitere Abschottung Europas zu verhindern und es Flüchtlingen überhaupt erst wieder zu ermöglichen rettende Ufer zu erreichen.

Wir fordern daher im Einzelnen:

1. Die Auflösung der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex).
2. Aus den freiwerdenden finanziellen Mitteln, den menschenrechtswürdigen Aus- und Umbau von Flüchtlingsauffangstation sowie die Ausbildung und Bezahlung von Sozialarbeitern zur Betreuung und Integration von MigrantInnen.
3. Die Möglichkeit der Überstellung von MigrantInnen in Drittländer der Europäischen Union um die Aufnahmeländer finanziell zu entlasten.
4. Um dem gestiegenen Sicherheitsbedarf der EU dennoch Rechnung zutragen, soll eine Europäische Grenzpolizei (European Border Police) geschaffen werden. Diese soll als Unterabteilung in EuroPol integriert werden und durch diese überwacht werden. Zentrale Aufgabe soll die Koordinierung und Unterstützung der staatlichen Grenzpolizeien sowie die Ausbildung von Verbindungsoffizieren zum Einsatz bei selbigen sein. Im Gegensatz zu Frontex soll sie keine mobile Eingreifgruppe darstellen sondern ein festes Netzwerk zur Kommunikation bieten.
5. Die Kontrolle der Meere soll in die Hände einer überstaatlichen europäischen Küstenwache (European Coast Guard) übergeben werden. Personal und Equipment kann von bestehenden Küstenwachen der Nationalstaaten übernommen werden. Binnenstaaten entrichten einen finanziellen Ausgleich. Die Hauptaufgabe soll der Zivil- und Umweltschutz vor den Küsten Europas darstellen, also Rettung und Bergung von in Seenot geratenen und Schiffbrüchigen, Eindämmung von Ölkatastrophen, Löschung von Bränden, etc. Polizeiliche Aufgaben können diesen Zielen nur nachrangig untergeordnet werden.

Eine wirksame Verringerung von irregulärer Migration, also nicht politischer religiöser oder rassischer Verfolgung kann nur durch die Schaffung wirtschaftlicher und sozialgesellschaftlicher Perspektiven in Heimatländern geschehen. Dies kann nur durch ein Umdenken in der Zielsetzung der (namentlich deutschen)

Entwicklungspolitik erfolgen. Entwicklungspolitik darf nicht dazu dienen nationalstaatliche wirtschaftliche Interessen in Entwicklungsländern durchzusetzen.

Deshalb fordern wir zudem:

6. Die Restrukturierung der deutschen Entwicklungspolitik. Geleistete Entwicklungshilfe ist als Teil der Friedenssicherung durch sozialen Ausgleich zu betrachten und bedarf keiner ggf. noch verzinster Rückzahlungen aus den Entwicklungsländern.